



# Deutscher Reichstag

Einung vom 10. Juni 1918.

Am Bundesratssitz: Wallraf.  
Präsident Freydenberg eröffnete die Sitzung um 2.25 Uhr.  
Die zweite Beratung des Haushalts des Reichs am 10. Juni wurde beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt.

Präsident Freydenberg erwiderte die Redner, die sich möglichst knapp zu fassen, um den Etat des Innern heute noch und bis zum Eintritt der kaiserlichen Erben der Woche den Bundesrat zu erledigen zu können.  
Herr v. Götter (nassl.): Wir können uns sehr wohl dazu fassen, da wir doch denken, dass heute hier, die Rede der Zeit zu uns dringt. (Bravo!) Aber auch hier kämpfen wir um Deutschlands Größe und Zukunft, namentlich bei der Bevölkerungsfrage. Die Bevölkerung muß nicht nur der Zahl nach, sondern auch nach dem Werte geboten werden. In der Kulturpolitik muß das Reich führend vorgehen. Die Kriegserlöse werden jeden Kosten ausfüllen, der ihnen eingeräumt wird, auch wenn die Schuldenlasten noch immer den Wünschen eines Staatsmannes übersteigen. Die militärische Nachversorgung darf nicht nur zu Schwächen werden. Die Frau hat zu unterstützen, den Krieg zu gewinnen, deshalb muß sie auch in die Organisationen hineingezogen werden, wenn auch für die Grenzgebiete der Frau zur politischen Betätigung heute noch nicht die Zeit gekommen ist. Insbesondere für Geschichtswissenschaftler sind bei uns die Verhältnisse nicht so günstig wie in anderen Ländern. Diese Fragen sind aber so ernst, daß mit allen Mitteln nach Hilfe bekannt und das Volkswort gefördert werden muß.

Herr v. Bartha (deutsche Fraktion): Die Alimentationsfrage sind zu hoch. Namentlich in den Industriezentren ist für eine ordnungsmäßige Pflege der irdischen Kinder zu sorgen. Die Alimentationspflicht soll bestehen bleiben. In Verbindung mit Wohltätigkeitsvereinigungen soll aber für das unglückliche Kind gesorgt werden, indem ihm der Muth, der ihm vom ersten Tage an anhaftet, genommen wird.

Staatssekretär Wallraf: Bei der abgeleiteten Gebietsfrage steht die Bevölkerung der unruhigen Gebiete, das ist schon ein kleiner Nachweis. Auch wird erwohnt, ob der Begriff des Wohnorts im Interesse der unruhigen Gebiete zu befestigen ist. Ich bitte, die vom Ausschuß gezeichneten beiden Vorkontrahente wiederzuentwickeln. Auch die Frage der Bevölkerungsfrage wird darunter leiden, für die ein Haupterwerb bestellt werden soll. Die andere Stelle ist für Nachbarschaft aus dem Ausland und für Veterinärpolitik gedacht. Die Frage der Einführung einer Einheitssteuer ist noch nicht spruchreif. Ich hoffe auch, daß es in naher Zukunft zu einer Einigung unter den führenden Parteien kommen wird. Die Befähigung der Geschichtswissenschaft ist einer unserer dringlichsten Aufgaben, im Zusammenhang damit auch die Notwendigkeit, dem deutschen Hause die Mutter zu erhalten. Sie jetzt in die Arme des öffentlichen Lebens zu stellen, wäre verfehlt. Das Hauptanliegen des Frau hat in ihrer häuslichen Betätigung. Diese wollen wir fördern und nicht lockern. (Bravo!)

Herr v. Unruh (Soz.): empfahl den Antrag seiner Partei zur Verlesung der Familienunterstützung zu einer mündlichen Annahme.

Herr v. Götter (Zentr.): Das Beamtentum muß darin erweitert werden, doch in den Verhältnissen des Reiches Beamtensauschüsse einzuführen.

Herr v. Götter (Soz.): Die Kriegsfamilienunterstützung fränkt daran, daß noch immer Gemeinden hinter den Mindestleistungen zurückbleiben. Die Versicherungsverbände müssen verpflichtet werden, die bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Beiträge bis 1. April 1918 in noch den gleichen Verhältnissen zu erhöhen. Ich bitte um Annahme unserer dahingehenden Entschließung.

Herr v. Trampzsch (Soz.): Das Reichsvereinsgesetz wird den Solen gegenüber illegal gehandhabt.

Herr v. Thoma (Natl.): Als Mitglied des Sachverständigen-Ausschusses für eine Einheitssteuer bitte ich nicht den von Hrn. Ritter empfohlenen Zahlberenger-Stolze-Schrenk'schen Entwurf zu wählen. Ich bin der Ansicht, daß der Entwurf allgemeiner Gebührensätze.

Herr v. Unruh (Soz.): Das Einkommenverfahren für die Kriegsfamilien in Thüringen muß befestigt werden.

Herr v. Götter (Zentr.): Das Reich sollte Kriegsfamilien gesetz auf der Grundlage der Einheitssteuer und der Heerorganisation des Reichs befestigen.

Herr v. Götter (Zentr.): Die Bevölkerungsfrage drängt und brennend, unsere Schulbildung zu verfestigen. Das Beispiel der Kriegserlöse beweist, daß es möglich ist. Wenn wir die Kriegsgeladen haben für das Vaterland haben müssen, so braucht man vor den vielen Denkmälern nicht halt zu machen. Im Gegenteil, da könnte man von einer guten Wirkung des Krieges sprechen. (Zurück!) Ich bitte, die Kriegsfamilien unter Berücksichtigung der sozialdemokratischen Anträge gesetz für die heutigen Verhältnisse zu weit.

Die Abstimmung über die Resolution erfolgte morgen.

Beim Kapitel „Reichsangehörigen“ wurde Herr v. Götter (Zentr.): Verbesserung der Hilfsmittel, die vielfach Ersatzstoffe sind. Die Kriegsmittel, wie Wurst, sind kaum noch als Nahrungsmittel anzusehen. Jetzt geht es sogar schon um Ersatzstoffe.

Präsident des Reichsvereins: Herr v. Götter (Zentr.): Es sind eine Reihe von Ersatzstoffen festzusetzen, die in der Kriegszeit die Ersatzmittel und Fernhaltung ungewisser Stoffe dienen werden. In Ansehung ist eine gewisse Anwesenheit einzuhalten. Doch sind Maßnahmen getroffen worden, um Abhilfe zu schaffen.

Herr v. Winter-Weinmann (Fortschr. Wt.): Der große Mangel an untauglichen Personen für die Volkswirtschaft haben.

Staatssekretär Wallraf: Ich hoffe, daß durch die Organisation des Landes jetzt eine Besserung eingeleitet werden kann.

Seine nachherige Kritik die ganze Jahre seiner Besinnung, lebendige Kritik in der Schrift über Verdrängen und antike Bedeutung. Als der Bedachtigste mocht er daran, daß das Volk nicht gegen entschlossene Anführer aufstehe. Ein großes Ziel, an dessen Verwirklichung man Tag und Nacht denkt und arbeitet, erhält frisch. Man lebt unruhig, schläft weniger, ist immer und unangelegentlich beschäftigt, arbeitet fröhlicher und hat keine Zeit, älter zu werden.

„Einbander als Erzieher, in seinen Ansprüchen. Zusammengefaßt von Paul Dehn.“ Leipzig, Theodor Weicher, 1918. 112 Seiten, in jeher hübscher, einbandartiger Gestaltung, zu wohlfeilen Preisen. In diesem Buch findet man die persönliche Erinnerung und Lehre, väterliche Aufklärung und Verbeugung aufeinander, die sich an den Erzieher Deutschlands knüpft. Die Herausgeberarbeit des bekannten politischen und volkswirtschaftlichen Sachmannes ist, nach seiner bedachten Sorgfalt und Fleiß, geistreich, reichhaltig, musterhaft. Sein biographisches Porträt erweitert Dehn in der Würdigung von Feinen, besonders auch älteren, Bedenken, deren Wertigkeit ein bedeutender Sammler übersehen haben möchte.

## Das Kriegsteuergesetz im Hauptausschuß des Reichstages

Berlin, 10. Juni. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages teilte der bisherige Vorsitzende des Ausschusses und jetzige Präsident des Reichstages Herr v. Götter mit, daß er heute noch die Verhandlungen leitete, und daß die Wahl des neuen Vorsitzenden morgen stattfinden werde.

Der Hauptausschuß beschäftigte sich heute mit dem Antrag Gröber (Zentrum) betreffend den Entwurf eines Kriegsteuergesetzes. Hierzu erklärte der Staatssekretär des Reichshauses, der in dem Antrag verlangten Kriegsabgabe von Zahreinkommen über 20 000 Mark nicht zustimmen zu können, dagegen der erhöhten Kriegsabgabe von der Einkommensvermehrung während des Krieges und der Ergänzungsabgabe von Vermögen zustimmen zu können. — Nach den Ausführungen des Reichsausschusses erklärte Minister v. Götter als Berichterstatter, der Vorschlag, nur die Vermögen über 50 000 Mfr. zu besteuern (anstatt über 20 000 Mark, wie es der Antrag Gröber will) entfremde auch seinen Wünschen. Wenn dafür eine Erhöhung der Vermögenssteuer für die größeren Vermögen bis zu 5 vom Tausend durchzuführen wird, dann dürfte auch kein Anfall im Ertrage der Steuer entstehen. Wenn die Steuer vom Einkommen nur auf Mehreinkommen gegenüber dem Jahre 1918, also dem eigentlichen Kriegsgewinn, erhoben werde und das Einkommen in der Höhe, die es vor dem Kriege besaß, frei bleiben sollte, dann müßte der Steuerfuß auf diese Mehreinkommen natürlich etwas höher gegriffen werden.

Berlin, 10. Juni. In seiner einleitenden Ausführungen erklärte Reichsausschreiber Graf v. Moeder im Hauptausschuß über die vor der Abfertigung erhörten Fragen einer Ergänzung des Kriegsteuergesetzes für die Gesellschaften: Der Bundesrat verschließt sich in Anbetracht der weiteren Höhe der Kriegsaufgaben dem in den Anträgen Gröber-Weßner hervorgebrachten Wunsch nach Vermehrung der Einnahmen für 1918 durch eine einmalige außerordentliche Vermögensabgabe auch der bürgerlichen Verbenen nicht und nicht in seinem Wert. Unter Zurückstellung mancher prinzipieller Bedenken hat dem Antrag Gröber hinsichtlich der Mehreinkommensteuer mit 850 Millionen Ertrag und der einmaligen Vermögenssteuer mit etwa 350 Millionen Ertrag seine Zustimmung erteilt, nicht aber der Einkommensteuer. Ebenso dürfte der Antrag Weßner, der im Grunde auf einen verbeilten Matrizenbeitrag hinausläuft, jetzt einen dankbaren Weg nicht darstellen, da es an einem geeigneten Maßstabe für die Unterbreitung der Kosten auf die einzelnen Staaten fehlt. Die Ausarbeitung des Antrages Gröber wird unter Beteiligung der Bundesstaaten in die Hand zu nehmen sein. Inzwischen könnte die Beratung über die Kriegsteuer für Gesellschaften fortgeführt werden. Der Bundesrat ist geneigt, der Ergänzung des Kriegsteuergesetzes ein solches Gesetz zuzustimmen, hat aber zu der Frage eines Reichsbestimmungsrechtes für alle und indirekte Steuern noch keine Stellung nehmen können. Die veränderten Verhältnisse halten daran fest, daß nach ihrer Stellungnahme zum Antrag Gröber nur der Reichstag gleichzeitig die übrigen Steuervorlagen der Reichsregierung in ihrem formellen und materiellen Aufbau annehmen werde, vor allem auch die Gesellschaften.

Zur der Weiterberatung des Kriegsteuergesetzes im Hauptausschuß des Reichstages antwortete Staatssekretär Graf v. Moeder den Vorschreibern:

In Bezug auf die Einzelheiten der vorgesehenen Vermögenssteuer habe ich mich bereits ausgesprochen. Die Einzelheiten der Besteuerungsart sind der Durchsetzung müssen von dem zu erwartenden Betrag abhängig gemacht werden. Wesentlich der Schaffung des Steuerertrages schloß ich mich an, daß es sich um einen Betrag von 1,2 Milliarden Mfr. an Einkommensteuer aus materiellen Leben treten muß. Nur in Bezug auf die Ausdehnung der Besteuerung möchte ich die Stellungnahme der veränderten Bedingungen noch offen lassen. Erst müssen die einzelnen Bundesstaaten zu den zukünftigen Besteuerungen der neuen Kriegsteuergesetz Stellung nehmen können. Daran sind jeweils mehrere Konferenzen bestellt. Grundätzlich soll jetzt zunächst die Durchführung für das Wachsen in der Besteuerung angeschlossen werden. Die Einkommensteuer der Kriegsteuergesetz ist in Ergänzung zu stehen, wie dann auch später das ganze Gesetz der indirekten Steuern.

Gegen Schluß erklärte Staatssekretär Graf v. Moeder noch auf eine Anfrage des Hrn. v. Götter: Ich kann heute noch nicht eine bestimmte Erklärung über die sich zukünftigen Steuerertrages abgeben. Persönlich bin ich dem Gedanken durchaus geneigt, ihn außerhalb Berlins zu legen.

Präsident Graf v. Götter: Die Einkommensteuer ist seitdem wieder zurückgegangen, nachdem sie eine Zeitlang eine Ausdehnung erfahren hatte. Der Reichsausschuß hat übrigens eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die auf Verbesserung der Verhältnisse hinwirken werden.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge und den Haushalt des Reichshauses des Innern wurde auf morgen verschoben.

Nächste Sitzung Dienstag 11. Juni. Sitzung 9 1/2 Uhr.

## Beratung im Reichsausschuß des Reichstages

Berlin, 10. Juni. Der Reichsausschuß des Reichstages hat heute nachmittag zusammen und einige Zeit nachmittags über die Frage der Verlesung der Verfassung. Der Reichsausschuß erhielt als Vorsitzenden ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion. Diese wird der Hrn. v. Götter vorschlagen. Im zweiten Vorsitzenden einen Nationalsozialisten. Der Geschäftsverhandlung, aufbauend, der dauernd auf 28 Mitglieder vergrößert wird, erhält einen konservativen als einen Sozialisten. Ein neuer sozialistischer Ausschuss erhält ein Mitglied des Reichsausschusses der deutschen Fraktion. Die Beratung der Verfassung wurde beschlossen, morgen Dienstag den 11. Juni um 9 1/2 Uhr, in zweiter Sitzung zu beraten und bis spätestens Freitag zu erledigen. Wird die Durchsetzung bereits Donnerstag morgen, dann bleibt die Verlesung fort, da der Reichstag nach Hamburg zu einer Versammlung mit Bekehrten für die Regelung des Schiffahrtvertrages in der letzten Gemeindefest eingeladen ist.

## Graf Burian's Reise nach Berlin

Wien, 10. Juni. Der österreichisch-ungarische Minister des Inneren Graf Burian hat heute um 6 Uhr 55 Minuten abends die angekündigte Reise nach Berlin angetreten.

## Prinz Hohenlohe bei Kaiser Karl

Wien, 10. Juni. Der Kaiser hat den österreichisch-ungarischen Vizekönig Prinzen Hohenlohe in seiner Residenz empfangen.

## Die Hauptverhandlung gegen die Angeklagten des aufgelösten polnischen Pilsnitzer

Marmarésch, 8. Juni. Wiener Z. u. F. L. R. -Blatt. Heute begann bei der Expositur des Pilsnitzer des 7. General-Prozesses in Marmarésch die Hauptverhandlung gegen die Angeklagten des aufgelösten polnischen Pilsnitzer. Die Anklage lautet auf Verbrechen wider die Kriegsmacht des Staates, bezogen in Kriegszeiten ohne Einverständnis mit dem Feinde durch Auflösung eines Detachementskomplexes, Mord, Entführung, Diebstahl und öffentliche Gewalttätigkeit. Einer der Hauptangeklagten, Legations-Gaupmann Kommandant Dr. Roman Cerecis erklärte sich als nicht schuldig und betonte, daß infolge des Pilsnitzer-Vertrages unter der polnischen Ration hervorgerufenen Mordmord wegen der Einberufung der polnischen Gebiete in die Ukraine, die Gerichte über eine Auflösung der polnischen Regionen, der Rücktritt der polnischen Regierung und die Demission des Regimentsführers die Region in ein unvollständiges Verhältnis zu ihrem militärischen Pflichten gebracht haben. Die weitere Vernehmung Cerecis erfolgt am Montag.

## Niedertage der tschechisch-slowakischen Truppen

Wien, 9. Juni. Nach Meldung der Moskauer Presse sollen die Hauptkräfte der tschechisch-slowakischen Truppen (etwa 15 000 Mann) im Gebiete von Tscheljabinsk, wo ein Teil der tschechischen Bahn liegt und Waffen und Material reichlich vorhanden ist, sich bei Gerasimow konzentriert. In den bei dieser Stadt aufgelösten Kampfen hat die tschechisch-slowakischen Truppen geschlagen worden. Eine andere Gruppe der tschechischen Aufreiter steht bei Gerasimow, dessen Lage gefährdet sein soll. Eine dritte Gruppe tschechisch-slowakischer Truppen hat sich bei der tschechischen Magistrate von Nowo Wolosinsk bei Tschenka konzentriert. Nach Meldung der Zeitung „Kuparodina“ haben die tschechisch-slowakischen Truppen bei dem Zusammenstoß mit den tschechischen Staaten Gerasimow, Frankreich, Italien und Amerika.

## Aus Kiev

Kiew, 10. Juni. Die Schmierigkeiten der Brotversorgung von Kiew sind behoben. Die Stadt besitzt wieder Mehl für zwei Monate.

Der Exponent möchte gestern der Verlesung der bei der Explosionstaktik getöteten deutschen Soldaten bei.

## Die Einberufung des polnischen Staatsrates

Warschau, 10. Juni. Der polnische Regent hat heute den Beschluß des Ministerrats betreffend die Einberufung des Staatsrates genehmigt, zu dem am 22. Juni die feierliche Eröffnung des Staatsrates stattfinden wird. Der Entwurf der Landtagswahlordnung, der vom Ministerrat dem Regententrat zur Genehmigung vorgelegt ist, sieht das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Stimmrecht mit gewissen Einschränkungen des Wahlrechts vor. Jeder Wahlkreis soll mindestens mehrere Abgeordnete wählen, wobei die Abstammung mit Hilfe von Listen erfolgt. Das aktive Wahlrecht steht jedem Staatsbürger mit vollendetem 25. Lebensjahre zu, das passive Wahlrecht jedem über 30 Jahre. Der Entwurf der Wahlordnung für den Senat (Oberhaus) bestimmt, daß die eine Hälfte der Mitglieder aus Wahlen, die andere aus Ernennung hervorgehen soll.

## Das neue italienische Veto

Bern, 9. Juni. Neue Sachverständigen in Italien haben die Berechnung von 80 Prozent japanischen Weizenmehl und 20 Prozent Weizenmehl an. Die Berechnung von Weizenmehl wird unterlegt.



